

Dresdner Nachrichten

Großer Sportteil

Begründet 1856

Verleger: Dr. Kurt Schölerker, Dresden, Postfach 1008. Druck: Kurt Schölerker, Dresden, Postfach 1008. Preis: 1.00 M. (inkl. Post). Abonnement: 12.00 M. (inkl. Post). Einzelhefte: 1.00 M. (inkl. Post). Anzeigen: 1.00 M. (inkl. Post). Druckkostenzuschuss: 1.00 M. (inkl. Post).

Verlag: Kurt Schölerker, Dresden, Postfach 1008. Druck: Kurt Schölerker, Dresden, Postfach 1008. Preis: 1.00 M. (inkl. Post). Abonnement: 12.00 M. (inkl. Post). Einzelhefte: 1.00 M. (inkl. Post). Anzeigen: 1.00 M. (inkl. Post). Druckkostenzuschuss: 1.00 M. (inkl. Post).

Neue Fühlungnahme mit den Parteien

Papen und Schleicher sondieren

Drahtmeldung unserer Berliner Schriftleitung

Berlin, 27. Nov. Am Sonntag haben zur Behebung der Regierungskrise feinerzielte offizielle Verhandlungen stattgefunden. Die für die Leitung des kommenden Präsidialkabinetts im Vordergrund stehenden Herren, der geschäftsführende Reichskanzler v. Papen und der Reichswehrminister v. Schleicher, haben dagegen in rein privaten Fühlungnahmen Feststellungen darüber zu treffen versucht, wer auf die geringeren Widerstände rechnen würde. Am Montag werden beide Herren über ihre Fühlungnahmen dem Reichspräsidenten berichten, dessen Bestreben darauf gerichtet ist, angesichts der Notlage zum Präsidialkabinetts wenigstens einen politischen Waffenstillstand zu erreichen.

Das würde praktisch bedeuten, daß der Reichstag sich zu einer Duldung gegenüber dem neuen Präsidialkabinetts für die Wintermonate entschließt und so ein Eingehen auf die sehr viel erörterte Möglichkeit einer neuen Reichsdiplomatie hinauszieht. Vor allem nahm man Fühlung mit den Nationalsozialisten, die ja zusammen mit der Linksopposition Vereinbarungen zwischen der Regierung und den übrigen Parteien jederzeit aushandeln könnten.

Zentrum und Bayerische Volkspartei haben ihre Bereitschaft, sich einem beratenden politischen Waffenstillstand, der auch von den Nationalsozialisten respektiert würde, anzuschließen, bereits zum Ausdruck gebracht.

Es entspricht offenbar den Wünschen des Reichspräsidenten, daß die Frage, ob der Reichstag sich zu einer Toleranzaktion gegenüber einem neuen Kabinetts entschließt, vollkommen geklärt ist, ehe an die Ernennung des neuen Kabinetts gegangen wird. Die privaten Fühlungnahmen von Papen und Schleicher haben sich auch

auf die Frage erstreckt, welche Mitarbeiter in einem neuen Präsidialkabinetts zu vereinigen wären.

Wie es heißt, sind die ersten Sondierungen mit den Parteien, namentlich soweit die NSDAP. in Frage kommt, nicht sehr aussichtsreich verlaufen, da sich an dem ablehnenden Standpunkt der Nationalsozialisten nicht das geringste geändert hat.

Derr v. Papen hat für seine Person dem Reichspräsidenten gegenüber zum Ausdruck gebracht, daß er angesichts der starken Schwierigkeiten, mit denen er zu rechnen hätte, gern davon absieht, wenn er erneut die Kanzlerschaft zu übernehmen.

Andererseits hat aber auch der Reichswehrminister darauf hingewiesen, daß die Übernahme der politischen Führung für die Reichswehr eine so starke Belastung bedeuten würde, daß dies nur im alleräußersten Falle geschehen sollte.

Der Reichsaußenminister v. Neurath ist aus Wien nach Deutschland zurückgekehrt, um vom Reichspräsidenten zu einer Besprechung empfangen zu werden. Für eine Kabinettsführung dürfte jedoch Herr v. Neurath nicht in Betracht gezogen sein. — Mit einem Abschluß der Regierungskrise und der Ernennung des Präsidialkabinetts rechnet man frühestens am Dienstag.

Die Reichsteuereinnahmen im Oktober

Berlin, 27. Nov. Die Reichseinnahmen an Steuern und Zöllen betragen im Oktober 1932 insgesamt 508,2 Mill. Reichsmark. Die Gesamteinnahmen sind danach gegenüber Oktober 1931 um 206,2 Mill. M. niedriger. Diese erhebliche Mindereinnahme beruht hauptsächlich darauf, daß im Oktober 1931 noch Vorauszahlungen auf die Einkommen- und Körperschaftsteuer zu entrichten waren, die im Jahre 1932 bereits im September geleistet worden sind.

Hitler über das Scheitern der Verhandlungen

Eine Rundgebung in Weimar

Weimar, 27. Nov. Zum ersten Male nach dem Scheitern der Verhandlungen über die Neubildung des Reichskabinetts sprach Adolf Hitler am Sonnabendabend im Rahmen einer Rundgebung der Nationalsozialisten für die städtischen Kommunalwahlen. Hitler befahte sich nach einem Rückblick auf die politische und wirtschaftliche Entwicklung in den letzten Monaten mit den jüngsten Ereignissen in Berlin. Heute sei die Krise schlimmer als zuvor, nicht etwa, weil es immer weiter abwärts gehe, sondern weil nach einem letztinständigen Aufspalten der Hoffnung auf Besserung ein Rückschlag verzeichnet werden müsse. Mit der Notverordnung über den Vorkriegslohn wolle man die politische Propaganda befehlen, die Nation in einen Schlimmeren verfallen. Die oberste Aufgabe aber heiße jetzt:

Nicht schlafen, sondern kämpfen!

Auf der einen Seite habe man die politische Propaganda verboten, andererseits aber treibe die Not dem Volkswirtschafts neue Dummheiten auf. Wenn eine Rettung gelingen solle, dann nur, wenn sie von vornherein ehrlich gemeint sei. Man solle sich aber niemals an ihn, Hitler, wenden, wenn man nicht bereit sei, den Weg zu gehen, den er für richtig halte. Die Bewegung des Nationalsozialismus habe nicht nur ihren eigenen Sinn, sondern auch ihren eigenen Zweck und ihre eigene Aufgabe. Sie sei nicht ins Leben gerufen worden, damit andere mit ihr Politik treiben könnten. Titel und Würden imponierten ihm nicht. Es sei ein Trugschluß gewesen, wenn man angenommen habe, ihn mit halben Beschlüssen auszustatten und mit Fesseln zu behängen, die das ganze Werk der nationalen Erhebung doch nur zum Wank bringen verurteilt hätten. Er würde sich niemals eine Rolle aufspielen lassen, die am Ende nichts anderes wäre, als die eines Agenten zwischen der Obrigkeit und der Volksvertretung. Man habe ihm nur beschnittene Rechte zuerkennen, andererseits aber die seit 40 Jahren größte staatsmännliche Aufgabe stellen wollen. Es gebe für ihn nur ein Entweder-Oder. Wenn man Bedingungen stelle, so dürften es nur solche sein, die eines Mannes würdig seien. Er habe ein ehrliches Angebot gemacht.

Ich nach wie vor zu jeder Stunde bereit, die Verantwortung zu übernehmen

und werde ruhig den Weg weitergehen, den sein Gewissen ihm vorschreibe. Wenn ein neues Kabinetts komme, so werde man sich in wenigen Monaten zum dritten Male an die Nationalsozialisten wenden müssen. Verliere die Bewegung des Nationalsozialismus, die eintrug als zuvor sei, einige ihrer Anhänger, so werde sie doch die Regierungen überdauern, und wieder wachsen, wenn gleichgültig, wie die Kanzler heißen mögen. Die NSDAP. allein berufen, die großen Fragen zu lösen, weil sie ihren geistigen Antrieb aus der Kraft des Volkes erhalte, werde schließlich doch die Stellung, Kraft und Ehre erlangen, die zur Meisterung der Not notwendig sein würden.

Dr. Goebbels erklärte anschließend, daß kein Nationalsozialist ein Ministeramt übernehmen würde, wenn nicht

Hitler an der Spitze des Kabinetts stehe. Solche Lösungen würden die Nationalsozialisten ablehnen. Erst wenn die Not ihren Höhepunkt erreicht habe, werde man Hitler rufen. Jedes Kabinetts ohne Hitler als Kanzler werde von den Nationalsozialisten auf das schärfste bekämpft werden.

Der NSDAP. „Panzerwagen“

Kassel, 27. Nov. Das Amtsgericht in Dassel hat verhandelt in der sogenannten Panzerwagenangelegenheit, die im Juli großes Aufsehen erregt hat. Einige Mitglieder der NSDAP. hatten sich einen beschlagnahmten „Wagen“ gebaut, um auf ihren Fahrten zu Versammlungen gegen einmalige Ueberfälle geschützt zu sein. Es handelte sich um einen alten Lastkraftwagen, der mit einer doppelwandigen fünf Millimeter starken Eisenblechhaube versehen und dessen Fenstereingänge mit Sägespänen ausgefüllt waren. Das Gericht, das zu prüfen hatte, ob ein Vergehen gegen das Kriegsgesetzbuch vorlag, sprach alle Angeklagten frei.

Trotsky will wieder nach Rußland

Kopenhagen, 27. Nov. Trotzki hielt am Sonntag im großen Saal des Kopenhagener Stadions seinen mit großer Spannung in Kopenhagen erwarteten Vortrag über das Thema: „Das bedeutet die Oktoberrevolution?“ Trotzki sagte, anfangs recht besonnen, er sei wie 1917 auch heute Bolschewist. Man werde älter, aber man bessere sich nicht. Der Ruf nicht zur Revolution auf, sondern wolle mit der Objektivität eines Anatomen über die Revolution sprechen. Sein ganzer Vortrag, der sich in der zweiten Hälfte rhetorisch steigerte, war eine Verteidigungsrede für das Rußland seit 1917 und ein Vorwurf an das Regime Stalins, von dem er des Landes verwiesen wurde, ihn wieder in Gnaden aufzunehmen. Einige Male lächelte sein Vortrag Weisheit aus. — Während des Vortrages umstanden einige tausend Menschen das Stadion. Zu ruhigen ist es nirgend gekommen.

Der Preussische Landtag beschlußunfähig

Berlin, 27. Nov. Am Preussischen Landtag stellte sich am Sonnabendnachmittag bei der Abstimmung über einen sozialdemokratischen Antrag, der die Einsetzung der Regierung Braun in ihre alten Rechte fordernde, die Beschlußfähigkeit des Hauses heraus, da nur 168 Karten abgegeben worden waren, während zur Beschlußfähigkeit 212 Stimmen gehören. Der Präsident wird die nächste Sitzung voraussichtlich auf den 18. Dezember anberaumen.

Rein Friedensnobelpreis 1932. Der Nobelausschuß beschloß, in diesem Jahre den Friedensnobelpreis nicht zur Verteilung zu bringen. Der für dieses Jahr vorgesehene Betrag wird sachgemäß für das nächste Jahr zurückbehalten.

Schweres Seilschwebbahnunglück

Freiburg i. Breisgau, 27. Nov. Auf der Schanzen-Landsbahn ereignete sich am Sonnabend gegen 21 Uhr ein schwerer Betriebsunfall. Eine in Fahrt befindliche Seilbahn der Seilschwebbahn stürzte ab. Dabei wurden der Schaffner und ein Fahrgast getötet und ein Fahrgast schwer verletzt.

Bei dem toten Fahrgast handelt es sich um den Profuristen T. H. der Freiburger Firma Rosenberger. Der schwerverletzte ist der englische Vertreter dieser Firma. Das Unglück ist anscheinend darauf zurückzuführen, daß der Schaffner den Wagen vor der Fahrt ins Tal nicht auf beide Haken kuppelte und auch während der Fahrt bis zur Unfallstelle diesen Fehler nicht rechtzeitig bemerkte. Technische oder Konstruktionsfehler der Bahn liegen nicht vor.

Landgemeindewahlen in Bremen

Starke Abnahme der sozialdemokratischen Stimmen

Bremen, 27. Nov. In den 14 Gemeinden des Bremer Landgebietes fanden am Sonntag die Landgemeindewahlen statt, die als hervorsteckendstes Merkmal einen starken Schwund der sozialdemokratischen Wählerstimmen und Zunahme der Kommunisten und Nationalsozialisten brachten. Die Parteien zwischen der SPD. und der NSDAP. blieben von bisher 75 Sitzen vier ein. Die SPD. verlor von bisher 100 Sitzen bisher 18; dagegen gewannen die Kommunisten, die bisher nicht vertreten waren, acht Mandate und die Nationalsozialisten, die bisher ebenfalls über kein Mandat verfügten, 14 Sitze. Dabei ist zu beachten, daß sie nur in vier Gemeinden eigene Listen aufgestellt hatten, in den übrigen zehn Gemeinden aber gar nicht in der Erscheinung traten. Das amtliche Ergebnis ist folgendes:

| | Stimmen | Mandate |
|-------------|---------|----------|
| SPD. | 4100 | 91 (100) |
| NSDAP. | 894 | 14 (—) |
| KPD. | 567 | 8 (—) |
| Bürgerliste | 2702 | 71 (75) |

(Die Zahl in Klammern ist die Mandatszahl seit 1920.) Wahlberechtigt waren 10847 Personen. Abgegeben wurden 8418 gültige Stimmen. Die Wahlbeteiligung betrug 61,64 vom Hundert.

Wahlen in Belgien - Ruhiger Verlauf

Brüssel, 27. Nov. Die heutigen Neuwahlen zur Kammer und zum Senat sind im allgemeinen ruhig verlaufen. In Antwerpen kam es zu einer Schlägerei zwischen Katholiken und Sozialisten. Einige Personen wurden verletzt. In Eupen kam es zu Zusammenstößen zwischen deutschen Sozialisten und Anhängern der belgisch-katholischen Partei, die aus dem altbelgischen Gebiet gekommen waren. Gendarmerie aus Brüssel stellte die Ordnung wieder her. Es gab sechs Verletzte. Auch in Kopenhagen gerieten Sozialisten mit Anhängern der belgisch-katholischen Partei aneinander.

Nach den bis gegen Mitternacht vorliegenden Ergebnissen sind die Wahlen in Belgien durch eine Zunahme der sozialistischen Stimmen gekennzeichnet. Katholiken haben aber die Katholiken, die eine geschlossene Kampffront darstellten, Erfolge zu verzeichnen, während die Liberalen Verluste erlitten. Auch die flämischen Sozialisten scheinen an vielen Punkten geschlagen worden zu sein.

Aus Eupen—Malmedy—St. Vith

Neigt bereits das Gesamtergebnis vor (die Zahlen in Klammern stellen Stimmabgaben bei den letzten Parlamentswahlen im Jahre 1920 dar): Christliche Volkspartei 7456 (7740), Sozialisten 2886 (3165), Belgische Katholiken Union 5004 (2022), Liberale 471 (671) und Kommunisten 338 (78).

Von den genannten Parteien sind die Christliche Volkspartei und die Sozialisten für eine Wiederholung der Abstimmung in den durch den Friedensvertrag zu Belgien geschlagenen Gebieten. Diese Parteien vereinigen 10342 Stimmen gegenüber 10909 im Jahre 1920. Dies ergibt einen Rückgang von 567 Stimmen. Wenn man andererseits berücksichtigt, daß die Kommunisten abstimmungsunfähig sind, verringert sich der Rückgang auf etwa 200. Charakteristisch ist der starke Erfolg der Katholiken Union, die ihre Stimmzahl nahezu verdoppelt hat. Zweifellos hat der Hirtenbrief des Bischofs von Lüttich, der den Katholiken eine Stimmabgabe für eine andere Liste als die der Katholiken Union verboten hat, Einfluß auf das Wahlergebnis gehabt.

Ein Deutscher von polnischen Grenzbeamten mißhandelt

Kattowitz, 27. Nov. Wie die „Polonia“ berichtet, wurde der 21jährige deutsche Reichsangehörige Mos aus Koblenz beim unerlaubten Grenzübertritt mißhandelt und in einem Eisenbahnwaggon von zwei polnischen Grenzbeamten geschlagen, daß er in das Krankenhaus nach Pilsnitz geschafft werden mußte, wo er erst nach vier Stunden das Bewußtsein wiedererlangte. Dem Kerzen sagte Mos, er sei von den polnischen Beamten fürchtbar mißhandelt worden, da er vor etwa einem Jahre mit einem der Beamten in eine Schlägerei verwickelt worden sei, in der der eine Beamte den kürzeren gezogen habe. Mos hat am ganzen Körper schwere Verletzungen davongetragen.

KOM-GES. BAU GEGE-FABRIK HLAGE 45787

Teile... Polze... mager... Prand... u. Co. ... rauenstr.

TE

